

Pressemitteilung

Entgelterhöhung von 11,9 Prozent: Arbeitgeber legen abschlussnahes Angebot vor

- **HPV bietet 3.000 Euro als Inflationsausgleichsprämie und Entgelterhöhung von 4,1 Prozent an**
- **Papier, Pappe, Kunststoffe verarbeitende Industrie strebt raschen Abschluss an**
- **Sondersituation bei Preissteigerung rechtfertigt nicht die Gewerkschaftsforderung**

Berlin, 26.01.23. Gestern starteten in Berlin die Tarifverhandlungen für die rund 100.000 Beschäftigten in der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie. Die Arbeitgeber haben ihr Ziel einer raschen Tarifeinigung mit einem abschlussnahen Angebot bekräftigt. Der Hauptverband Papier- und Kunststoffverarbeitung (HPV) bot der Gewerkschaft Verdi an, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Betrieben eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe 3.000 Euro zu zahlen, diese soll in den Jahren 2023 und 2024 ausgezahlt werden. Außerdem wollen die Arbeitgeber die Löhne und Gehälter zum 1. Oktober 2023 um 4,1 Prozent erhöhen. Der Tarifvertrag würde vom 1. Februar 2023 bis zum 30. April 2025 laufen.

Mit ihrem abschlussnahen Angebot lehnten die Arbeitgeber gleichzeitig die Forderung der Gewerkschaft Verdi ab. Diese verlangt eine Anhebung der Löhne und Gehälter von 10,5 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Nach rund siebenstündigen Gesprächen wurden die Verhandlungen vertagt.

Der HPV-Verhandlungsführer Jürgen Peschel wies auf die für Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen schwierige Situation hin: „Ein zügiger Abschluss gibt den Unternehmen Planungssicherheit. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine schnelle finanzielle Unterstützung wichtig; dem tragen wir Rechnung mit dem Angebot einer Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro und einer zusätzlichen Entgelterhöhung von 4,1 Prozent. Besonders die unteren Lohngruppen profitieren von unserem Angebot mit einem Volumen von bis zu 14,8 Prozent. Damit stehen wir zu unserer Verantwortung für die Belegschaften im Rahmen der jeweiligen betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten.

Für uns nicht nachvollziehbar sind hingegen die Höhe der Forderung und ihre Begründung durch die Gewerkschaft Verdi. Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Gesamtsituation ist die Situation in unserer Branche ziemlich dramatisch, vor allem auch in Bezug zu vielen Teilbranchen. Nach einer Verbandsumfrage erwarten rund 30 Prozent der Mitgliedsunternehmen, Kurzarbeit anmelden zu müssen.“ Diese Entwicklungen bestätigen aktuelle Erhebungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft, dass eine Branchenrezession in der Papierverarbeitenden Industrie konstatiert.

Nicht nur vor diesem Hintergrund sieht Peschel die Forderung der Gewerkschaft fern ab der Realität. Vor allem mit Blick auf die jüngsten Prognosen zur Inflationsentwicklung gebe es keinen Grund für die geforderte Entgelterhöhung: „Die 7,9 Prozent des vergangenen Jahres markieren eine absolute Ausnahmesituation. Aktuelle Prognosen der Deutschen Bundesbank gehen für das

nächste und das übernächste Jahr von 4 bzw. 2,75 Prozent aus. Zudem wirken die drei Entlastungspakete des Staates; so wird ein Single mit bis zu 10,6 Prozent, eine Familie mit bis zu 12,3 Prozent des Nettoeinkommens (Basis: 40.000 bzw. 60.000) im Jahr 2023 entlastet.

Die zweite Verhandlungsrunde zwischen HPV und Verdi findet am 16. Februar 2023 in Berlin statt. Der Verhandlungsführer des HPV, Jürgen Peschel, und der Hauptgeschäftsführer, Stefan Rössing, stehen im Vorfeld und während der zweiten Verhandlungsrunde für Fragen und Interviews gerne zur Verfügung.

Kontakt:

Jürgen Peschel, HPV-Verhandlungsführer

T 030 / 24 78 183 0

E juergen.peschel@hvp-ev.org

Stefan Rössing, Hauptgeschäftsführer des HPV

T 030 / 24 78 183 10

E stefan.roessing@hvp-ev.org

Wolfram Zabel, Geschäftsführung 74z Consult

T 0151 / 23 45 32 62

E waz@74z.de

Der **Hauptverband Papier- und Kunststoffverarbeitung (HPV) e.V.** vertritt als Dachverband von neun regionalen Landesverbänden und einem fachlichen Arbeitgeberverband die Interessen der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie in Deutschland. Als Spitzenverband der Branche verleiht er circa 600 Betrieben mit rund 100.000 Mitarbeitern in sozial- und tarifpolitischen Fragen international und auf Bundesebene eine Stimme. So ist der HPV die arbeitgeberseitige Tarifvertragspartei von Verdi. Außerdem vertritt er die Brancheninteressen in der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM).